
Akademie der Arbeit
in der Universität Frankfurt am Main

Mitteilungen
Neue Folge 40

Als Manuskript gedruckt
März 1990

Inhalt

	Seite
Dr. jur. Hans G. Joachim *9.2.1917 – † 3.10.1989	1
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach Zum 100. Geburtstag von Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning	3
Prof. Dr. Andrej Markovits Entwicklung des bilateralen Verhältnisses Bundesrepublik Deutschland – Vereinigte Staaten von Amerika. Zukunftsperspektiven im Blickpunkt des Europäischen Binnenmarktes	6
Verzeichnis der Lehrveranstaltungen des 55. Lehrgangs	21
Die Organe der Akademie der Arbeit	25
Lehrkräfte der Akademie der Arbeit	26
Teilnehmer des 55. Lehrgangs der Akademie der Arbeit	28

Dr. jur. Hans G. Joachim

* 9.2.1917 – † 3.10.1989

Am 3. Oktober 1989 verstarb zur großen Erschütterung aller Dozenten und Lehrgangsteilnehmer des Seminars für Arbeits- und Sozialrecht wie auch der Akademie der Arbeit unser Kollege Dr. Hans G. Joachim. Einer, der immer unerschütterlich wirkte und dem auch schwere Schicksalsschläge wie der Tod seiner ersten Frau und das schwere Leiden seiner zweiten Frau nichts anhaben zu können schienen, wurde mitten aus einem immer noch aktiven Leben gerissen.

Hans G. Joachim war für die Akademie und insbesondere für das Seminar für Arbeits- und Sozialrecht eine wirkliche Institution. Generationen von Rechtssekretärinnen und Rechtssekretären haben seit 1962 bei ihm die Grundgedanken der zivilrechtlichen Dogmatik gelernt und von seiner unerbittlichen geistigen Strenge, seinem unerschöpflichen Humor und von seiner unermüdlichen pädagogischen Leidenschaft profitiert. Um seine Person ranken sich zahlreiche Anekdoten, die sich bisweilen sehr ins Unwahrscheinliche verstiegen, so daß die Anfänger jedesmal erleichtert waren, in ihm entgegen den geweckten Erwartungen doch einen sehr umgänglichen, diskussionsbereiten und vor allem höchst engagierten Lehrer zu finden.

Hans G. Joachim ist 1917 in Königsberg geboren worden, wo er zur Schule ging und später Rechtswissenschaften studierte. Nach Militärzeit, abenteuerlicher Flucht aus der Heimat und Referendardienst wurde er 1950 Direktor des Arbeitsamtes Limburg, 1951 des Arbeitsamtes Hanau; 1954 kam er als Richter an das Landesarbeitsgericht Frankfurt am Main, welchem er nach einer Zwischenstation als Richter des Bundesarbeitsgerichts (1959 bis 1962) von 1962 bis 1979 als Präsident vorstand. Viele Richter der hessischen Arbeitsgerichtsbarkeit verdanken ihm entscheidende Förderung, und man kann deshalb sagen, daß er aufgrund seines überragenden sozialen und persönlichen Einsatzes diesen Gerichtszweig wesentlich mitgepägt hat. Wissenschaftlich war er aufgrund seiner zahlreichen, gleichermaßen klar und überzeugend formulierten Veröffentlichungen sehr einflußreich. Dies alles kam auch in seiner Ehrenmitgliedschaft beim Deutschen Arbeitsgerichtsverband zum Ausdruck. 1970 war Hans G. Joachim auf eigenen Wunsch vorzeitig in den Ruhestand gegangen, weil ihn eine öffentliche Kontroverse um Äußerungen, die er in seiner Dissertation von 1939 niedergeschrieben hatte, innerlich zu sehr belastete. Mit um so größerem Eifer hat er sich danach auf seine Lehrtätigkeit am Seminar für Arbeits- und Sozialrecht sowie als Dozent für Tarifrecht an der Akademie der Arbeit konzentriert. Wie immer man zu jenen umstrittenen früheren Äußerungen stehen mag – Dr. Joachim hat sie durch ein vorbildliches Leben als Richter, Lehrer, Wissenschaftler sowie nicht zuletzt als Kommunalpolitiker vielfach wieder gutgemacht. Sein nicht nachlassendes Engagement für das Arbeitsrecht als soziales Schutzrecht und als Ausgleich in einer Welt voll sozialer Probleme machten ihn zu einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der neueren deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit.

Wir werden ihm deshalb auch als Freund unserer Akademie und als eigentlich unersetzlichen Dozenten unseres Seminars für Arbeits- und Sozialrecht stets ein dankbar ehrendes Andenken bewahren.

O.E. Kempen

Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning hat am 8. März 1990 das 100. Lebensjahr vollendet. Aus diesem Anlaß hat es eine Fülle von öffentlichen Würdigungen seines Lebenswerkes gegeben. An dieser Stelle möchten wir daran erinnern, daß Prof. von Nell-Breuning über 35 Jahre hinweg in den Lehrgängen der Akademie der Arbeit mitgewirkt hat. Hier hat er – beginnend schon kurz nach der Wiedereröffnung der Akademie nach dem 2. Weltkrieg bis 1986 – den Lehrauftrag „Christliche Gesellschaftslehre“ wahrgenommen. Seit 1986 hat Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, von dem der folgende Beitrag zum 100. Geburtstag des langjährigen Seniors unter den Lehrbeauftragten der Akademie stammt, diesen Lehrauftrag inne.

Es sei noch erwähnt, daß Prof. von Nell-Breuning mehrfach Beiträge in den „Mitteilungen“ der Akademie veröffentlicht hat – zuletzt zum Thema „Unternehmensverfassung“ im Heft Nr. 34 vom August 1983.

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach

Oswald von Nell-Breuning SJ ist 100 Jahre alt

Bei der Geburtstagsfeier für Pater Oswald von Nell-Breuning SJ., der am 8. 3. sein 100. Lebensjahr vollendete, kamen auffallend viele Vertreter des Staates zu Wort: Der Bundespräsident verließ ihm bereits am Vormittag das Bundesverdienstkreuz, der Frankfurter Oberbürgermeister, der Ministerpräsident des Landes Hessen und der Bundesarbeitsminister sprachen Grußworte. Wenig zu Wort kamen die, über die wiederholt gesprochen wurde, nämlich die Arbeiter. Auch von den anwesenden Vertretern der Gewerkschaften hat keiner ein Grußwort sprechen können. Dieses Stummsein der einfachen Leute mag um so merkwürdiger erscheinen, als für den 100jährigen ein außergewöhnliches Engagement kennzeichnend ist, das Klima zwischen Kirche und Arbeitern bzw. Arbeiterbewegung zu verbessern.

Sein Lebensinteresse hat Oswald von Nell-Breuning dann in der Erwiderung auf die Grußadressen zum Ausdruck gebracht. Er erinnerte an ein prägendes Erlebnis seiner Jugendzeit. Noch heute sehe er ein Schriftchen auf dem Tisch seines Elternhauses liegen mit einem riesigen Fragezeichen auf dem Umschlag und dem Titel: „Darf der katholische Arbeiter sich organisieren?“ Hinter der damals provozierenden Frage steckt der sogenannte deutsche Gewerkschaftsstreit um die Jahrhundertwende. Als nämlich in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts katholische Arbeiter des Ruhrgebietes aus den freien, sozialistischen Gewerkschaften austraten, weil sie deren antikirchliche Propaganda als untragbar empfanden, und christliche Gewerkschaften gründeten, die auch evangelischen Christen offenstehen sollten, wurde dieser Schritt von einigen katholischen Bischöfen mißbilligt, von den anderen allenfalls geduldet. Eigentlich sollten bloß Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine unter Leitung des Klerus eingerichtet werden, um gewerkschaftliche Funktionen zu übernehmen. Erst dreißig Jahre

später, in „Quadragesimo anno“, wurde die Existenz christlicher Gewerkschaften gebilligt. Das Leiden und die Enttäuschung vieler katholischer Arbeiter, die ihr gewerkschaftliches Engagement durch einen Machtanspruch der kirchlichen Hierarchie desavouiert sahen, habe sein Leben, so sagte Pater von Nell-Breuning, geprägt. Das Lebensinteresse des jetzt 100jährigen läßt sich so formulieren: Die katholischen Arbeiter sollten die ihnen von der kirchlichen Hierarchie aufgenötigte innere Spaltung zwischen ihrem Christsein und ihrem Arbeitersein überwinden, sie sollten die Chance zurückgewinnen, zugleich überzeugte Mitglieder ihrer Kirche und ihrer Gewerkschaft zu sein.

Das Fehlverhalten der kirchlichen Amtsträger im Gewerkschaftsstreit, aber auch das überhaupt spröde Verhältnis der Mehrheit der Katholiken zu den Arbeitern und ihren Gewerkschaften kam erst Mitte der 70er Jahre, im Zusammenhang des Würzburger Synodenbeschlusses „Kirche und Arbeiterschaft“, offen zur Sprache. Nachdem ein ursprünglicher Entwurf über Fragen des Betriebes und der Arbeitswelt, des Urlaubs und der Freizeit, der ausländischen Arbeitnehmer und der beruflichen Mobilität als Zielfelder kirchlicher Pastoral und Diakonie zurückgewiesen wurde, bat man Pater von Nell-Breuning, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der weniger von dem reden sollte, was die Kirche für die Arbeiter, sondern was die Arbeiter als Kirche innerhalb der Arbeiterbewegung tun könnten und welche Art von Gewissenserforschung diese von den Amtsträgern bzw. von der bürgerlichen Mehrheit der katholischen Kirche erwarteten. Die neue Vorlage löste auf der Synode eine ungewöhnlich leidenschaftliche Debatte aus, wurde aber schließlich als überzeugende Gewissenserforschung, als Eingeständnis der Katholiken, für einen fortwirkenden Skandal der Entfremdung von Kirche und Arbeiterschaft mitverantwortlich zu sein, beschlossen. Pater von Nell-Breuning verstand die ihm von der Synode entgegengebrachte Ovation als ein Stück Wiedergutmachung jenes Unrechts, das die Kirche seit dem Gewerkschaftsstreit katholischen Arbeitern zugemutet hatte.

Ein noch nicht aufgearbeiteter Rest des spröden Verhältnisses von Kirche und Gewerkschaften ist allerdings das kirchliche Dienst- und Arbeitsrecht geblieben. Pater von Nell-Breuning gehört zu den schärfsten Gegnern dieses kirchlichen Sonderweges. Er hat die kirchlichen Arbeitgeber wiederholt davor gewarnt, der Hauptabsicht der meisten im kirchlichen Dienst beschäftigten ArbeitnehmerInnen, durch eine persönlich befriedigende Tätigkeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, von außen bzw. von oben herab eine religiöse Dimension überzustülpen, die durch die Realität nicht gedeckt ist. Außerdem meint er, daß die Absicht der Bischöfe, in der sogenannten Dienstgemeinschaft die gegenläufigen Interessen des Arbeitgebers und Arbeitnehmers versöhnen zu können, ein unverantwortliches Wunschdenken bleibe. Er findet es darüber hinaus widersprüchlich, daß der kirchliche Arbeitgeber zwar die Normen des individuellen Arbeitsrechts, wie sie in der gewerblichen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst – z.B. Arbeitszeitordnung, Lohn- und Gehaltstabellen, Kündigungsschutz – in Kraft sind, weitgehend einhalte, aber den dort geltenden Schutz des kollektiven Arbeitsrechts z.B. Betriebsrat/Personalrat und Tarifautonomie – seinen Mitar-

beitern in der Dienstgemeinschaft verweigere. Schließlich hält er es für die Glaubwürdigkeit der Kirche verheerend, wenn die besondere Eigenart des kirchlichen Dienstes bloß darin bestehe, den Mitarbeitern weniger Mitwirkungsrechte einzuräumen, als die Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst bereits haben.

Zum 100. Geburtstag ist der fünfte Band seines Werkes erschienen: Oswald von Nell-Breuning SJ., Den Kapitalismus umbiegen – Schriften zu Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft, Patmos Verlag Düsseldorf 1990.

Prof. Dr. Andrej Markovits
Harvard Universität, Cambridge/Massachusetts)*

Entwicklung des bilateralen Verhältnisses Bundesrepublik Deutschland – Vereinigte Staaten von Amerika. Zukunftsperspektiven im Blickpunkt des Europäischen Binnenmarktes

Es ist eine sehr hohe Auszeichnung für mich, hier vor Ihnen den 55. Lehrgang der Akademie der Arbeit mit diesem Vortrag zu eröffnen. Ich möchte zuallererst meinen Dank an die Dozenten der Akademie der Arbeit aussprechen, die mit ihrer liebenswerten Einladung an mich einen großzügigen Vertrauensvorschuß in mein Referat bekundeten. Ich habe mir große Mühe gegeben, diesem Vertrauensvorschuß gerecht zu werden und hoffe, daß meine Ausführungen anschließend zu einem interessanten Gedankenaustausch beitragen werden.

Ich habe bei der Erörterung meines Themas versucht, eine Erklärung und Analyse dieses komplexen Phänomens aus vier Interessenssphären meiner Lehr- und Forschungstätigkeit herzustellen, und zwar: aus einer historischen Analyse des deutsch- bzw. bundesrepublikanisch-amerikanischen Verhältnisses; aus einer vergleichenden Studie von Amerikanismus und Antiamerikanismus in Westeuropa mit besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik; aus einem langzeitigen Interesse an Gewerkschaftspolitik in Westeuropa und den Vereinigten Staaten; und schließlich aus einem neueren Versuch, die politischen Inhalte und Stellungnahmen der europäischen Gewerkschaften und Arbeiterparteien bezüglich des bevorstehenden Europäischen Binnenmarktes zu erörtern.

Es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß spätestens mit der Errichtung des Europäischen Binnenmarktes Ende 1992 das bereits seit langem ziemlich gespannte, aber dennoch äußerst stabile deutsch-amerikanische Verhältnis einen qualitativ neuen und um vieles komplizierteren Charakter als bisher annehmen wird. Nicht umsonst vergeht kaum eine Woche, daß ein hoher Bonner Politiker in den Vereinigten Staaten versucht, Europa '92, die vermeintliche deutsche Rolle darin und die voraussichtlichen Änderungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis in einem sich veränderten innereuropäischen bzw. amerikanisch-europäischen Verhältnis seinen Gastgebern zu erläutern. Bezeichnenderweise – und meines Erachtens leider – überwiegen bei diesen Besuchen bei weitem Politiker und Wirtschaftsfachleute des konservativen und liberalen Lagers, während die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Gegenüber zumindest bis jetzt kaum in Erscheinung getreten sind.

Die meines Erachtens weitaus ehrlichste und analytisch zutreffendste Rede hielt Otto Graf Lambsdorff vor dem American Council on Germany in Washington am 6. Februar 1989. Während er einerseits auf die endemischen Zankereien und Kontroversen innerhalb des deutsch-amerikanischen Verhältnisses seit dem

*) Dieses Referat wurde am 17. 05. 1989 anlässlich der Eröffnung des 55. Lehrgangs der Akademie der Arbeit gehalten.

Beginn dieses Verhältnisses richtigerweise verwies, meinte er meines Erachtens völlig richtig, eine qualitativ neue Zäsur in diesem Verhältnis Anfang der 80er Jahre feststellen zu können. Ferner meinte er, wiederum richtig, daß diese jetzt bereits zehnjährige Zäsur in den 90er Jahren sich auf allen Ebenen der bilateralen Beziehung, besonders aber im Bereich der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik, vergrößern würde. Lambsdorff sagte dann etwas, was ich persönlich noch nie von einem bundesdeutschen, ja westeuropäischen, Politiker bei seinem USA-Aufenthalt hörte. Ich zitiere in Übersetzung aus dem Englischen: „Es ist zwar wahr, daß wir durch gemeinsame Werte wie Freiheit, menschliche Würde und Demokratie eine Grundlage teilen. Aber Konflikte können doch keineswegs durch das wiederholte Appellieren an diese ‚gemeinsamen Werte‘ gelöst werden. *Ferner wissen wir beide, daß wir Werte haben, die wir keineswegs teilen* (Hervorhebung, d.V.). Letztlich kommt es darauf an, Werte nicht nur zu erwähnen, sondern vor allem anzuwenden“. Da, so mein Argument, lag schon immer der Kern der Spannungen und der Zäsur in der bilateralen deutsch-amerikanischen Beziehung, und hier meine ich auch die turbulente Zukunft in dem gegenseitigen Verhältnis dieser beiden Staaten feststellen zu können.

Graf Lambsdorff, obwohl sicherlich ungewohnt explizit, steht auch keineswegs allein mit seiner Meinung da. Kein geringerer als Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der Paraderrepräsentant und Prestigeredner der Republik, meinte in seiner vielbeachteten Festrede in der Harvard Universität am 11. Juni 1987, daß es im deutsch-amerikanischen Gebälk merklich knisterte. Dies heißt natürlich noch lange nicht, daß es in der naheliegenden Zukunft zu einem endgültigen Bruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen kommen wird. Noch kann man an dem besonderen Erfolg des bereits Erreichten Zweifel hegen. Wenn man den Resultaten einer von Politikwissenschaftlern der Universität Michigan geführten Studie über die Bündnisdauer europäischer Staaten zwischen dem 30jährigen und dem Zweiten Weltkrieg Glauben schenkt, dann strotzt die deutsch-amerikanische Partnerschaft, formal gesehen, innerhalb der NATO, aber auch in einem meines Erachtens viel wichtigeren informellen bilateralen Verhältnis, wahrlich von Stabilität. Verglichen mit der durchschnittlichen Bündnisdauer von knapp drei Jahren sehen die 44 Jahre andauernden deutsch-amerikanischen Beziehungen (ich rechne hier 1945 bereits als Startpunkt und nicht erst die Gründung der Bundesrepublik oder das Datum ihres NATO-Eintrittes) fast wie eine Ewigkeit aus. Ich behaupte hier kategorisch, daß es sicherlich nicht zu einer baldigen Scheidung dieser zwei gediegenen Ehepartner kommen wird. Doch scheint mir zumindest klar, daß die alteingesessenen Spielregeln dieser so langen und recht erfolgreichen Zweckehe seit den frühen 80er Jahren im Begriffe sind, sich grundlegend zu wandeln. Dies ist den jeweiligen Machtverschiebungen zueinander und der Außenwelt gegenüber zuschreibbar. Ich möchte im folgenden diese qualitativ neue Zäsur ergründen. Dazu bedarf es einer kurzen Skizzierung einiger historisch-struktureller Probleme der deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1945.

Vorerst aber sei mir ein kurzer Exkurs zu einigen Ähnlichkeiten beider politischer Kulturen erlaubt:

Im Vergleich zu den klassischen Kolonial- und Großmächten Westeuropas (allen voran Großbritannien und Frankreich, aber auch Spanien und Portugal) sind sowohl die USA als auch Deutschland (insbesondere in seiner bundesrepublikanischen Inkarnation) Außenseiter und Spätankömmlinge in der Geschichte der Weltpolitik. Als solche sahen sich beide Länder als „Ausnahmen“ zu einem „normalen“ Lebenslauf eines vergleichbar wichtigen, kapitalistischen Führungsstaates und der damit verbundenen Rolle innerhalb der westlichen Welt. Deutschland empfand sich, zumindest bis zur Etablierung der Bundesrepublik, nie richtig als ein vollintegrierter Teil einer atlantisch dominierten westlichen politischen Kultur. Hier seien nur stichwortmäßig die Konzepte „Zwischenkultur“ und „Sonderweg“ erwähnt. Die amerikanische „Ausnahme“ – zusätzlich zu dem allseits bekannten Phänomen des Mangels einer großen sozialistisch oder sozialdemokratisch organisierten Arbeiterbewegung – bestand unter anderem in Form eines Pendelns zwischen einer „splendid isolation“ einerseits und einem aktivistisch orientierten interventionistischen Hang andererseits, die jedoch beide die imperiale Sicherheit und majestätische Ruhe des englischen Führungsstils vermißten. Beide Extrema beruhten auf einer Staats- und Politikkonzeption, die die Moral und Außenpolitik eng und stets miteinander verbanden.

Sowohl in der politischen Kultur der USA als auch in der Deutschlands führten „Außenseitertum“ und „Spätankunft“ zu einer übermoralisierenden Politik gegenüber der Außenwelt, die zwischen Minderwertigkeitskomplexen einerseits und Überheblichkeitsmomenten andererseits gefährlich hin und her schwankte. Ungleich Franzosen und Briten haben weder Deutsche noch Amerikaner jemals eine vergleichbar stabilisierende historische Selbstsicherheit genossen. Ein Resultat ist, daß sowohl Amerikaner als auch Deutsche ein dauerndes Bedürfnis verspüren, sich mit anderen zu vergleichen und zu messen. Mehr noch: Als Zeichen ihrer historischen Unsicherheit wollen sie von allen akzeptiert, ja geliebt werden. Um es mit dem zeitgenössischen Jargon der Medienbranche auszudrücken: Sowohl Amerikaner als auch Deutsche kämpfen mächtig – wahrscheinlich jedoch vergeblich – mit ihren jeweiligen Imageproblemen.

Die diesen beiden Kulturen eigene, moralisierende Politik wurde jedoch in den zwei Ländern auf verschiedenen Ebenen ausgetragen. Während in Deutschland der Staat mit wenigen Ausnahmen eine realistische, instrumentale, auf Machtausübung gerichtete und relativ pragmatische Handlungsethik in der Außenpolitik verfolgte, blieben Leidenschaft, Ideologie und eine kompromißfeindliche Moral teilweise sogar bis heute in wichtigen Teilen der bürgerlichen Gesellschaft tonangebend. Die Staatsraison (ein vielsagender Begriff) stand in Deutschland einer ideologisch durchdrungenen, hochpolitisierten und in moralischen Kategorien denkenden und handelnden bürgerlichen Gesellschaft gegenüber. Die Entwicklung der Vereinigten Staaten verlief fast genau spiegelbildlich. Hier war es die bürgerliche Gesellschaft, deren politische Inhalte, mit wenigen Ausnahmen, von einer pragmatisch realistischen, stets auf Kompromiß erpichten und problemlösenden Handlungsethik bestimmt waren, während der Staat als ein Hort höherer moralischer Ambitionen im Namen des amerikanischen Kollektivs

seine Legitimation suchte. Nur so kann man den manichäischen Charakter amerikanischer Außenpolitik, der nur Gut und Böse ohne viel Schattierungen zuläßt und von Wilson bis Carter, von den beiden Roosevelts bis Reagan stets praktiziert wurde, erklären. Der Staat hat eben die Aufgabe, nicht mit Raison, Diplomatie und pragmatischen Manövern seine rein instrumental bestimmte Machtethik zu vertreten und auszubauen, sondern eben die „good guys“ moralisch, daher öffentlich und kompromißlos, vor den „bad guys“ zu verteidigen. Pragmatische Paktierer wie Helmut Schmidt oder auch Henry Kissinger bemängelten bzw. mißverstanden diesen Zug amerikanischer Politik. Während dies ein amerikanischer Experte mit den Worten „... die Außenpolitik der USA besteht daraus, daß sie keine hat...“ meines Erachtens zutreffend charakterisierte, meinte ein britischer Journalist zu seinen amerikanischen Kollegen zum selben Phänomen „... ihr habt dort kein Land, sondern eine große Kirche...“. Während diese moralische Dimension der Politik Deutsche und Amerikaner miteinander teilen, hat sie auch zu vielen Mißverständnissen und Reibereien zwischen Amerikanern und Deutschen in den letzten 40 Jahren ihres Bündnisses geführt.

Ich möchte jetzt zu dem bereits versprochenen kurzen Überblick der deutsch-amerikanischen Beziehungen seit 1945 schreiten.

Man hätte sich, auch wenn man wollte, zur Zeit der deutsch-amerikanischen Eheschließung kaum zwei ungleichere Partner vorstellen können. Während sich vor ca. 40 Jahren die Vereinigten Staaten am absoluten Zenit ihrer hegemonialen Weltmacht befanden, war Deutschland bzw. die Bundesrepublik am Nullpunkt. Dies änderte sich grundlegend im Laufe der nächsten vier Jahrzehnte, ohne natürlich auch heute noch den Grad der völligen Gleichstellung erreicht zu haben. Der weitaus wichtigste Kitt dieser Zweckehe war der für beide Partner wichtige Antikommunismus des Kalten Krieges, der über so manche Ehezwiste hinweghalf. Und deren gab es einige: Von den bereits in den späten 50er Jahren bis zum heutigen Tage stets auftauchenden amerikanischen Klagen, die wieder reich gewordenen Deutschen brächten viel zu wenig für ihre Verteidigung auf, bis zur deutschen Furcht eines amerikanischen Rückzuges aus Europa, von Adenauers Antipathie Kennedy gegenüber, bis zu Hühnerkriegen, COCOM-Problemen, Wirtschaftslokomotiven und verschiedenen Verteidigungskonzepten – die Wertegemeinschaft des Bündnisses war einer dauernden Abnutzung seitens tagespolitischer Ungereimtheiten ausgesetzt. In dem 40jährigen Bestehen dieser Beziehung sah man auf seiten der Bundesrepublik die Frustrationserscheinungen, die typischerweise den strukturell schwächeren Partner in jeder Beziehung tangieren: Konkret ging es der Bundesrepublik stets um das Ausräumen ihres autonomen Identitäts- und Handlungsspielraumes, den sie mal von den USA sehr eingeengt betrachtete, um dann gegenteilig plötzlich zu befürchten, von dem Schutzherrn verlassen zu werden. Wichtig für ein Verständnis der von der Bundesrepublik ausgesehenen Probleme der bilateralen Beziehung ist, daß die Vereinigten Staaten an sich, d. h. ihre Existenz in dem Bündnis schlechthin, und nicht ihre individuellen Handlungen, stets die Hauptursache für die deutschen Frustrationen waren. Obwohl von der amerikanischen Warte die Bundesrepublik kaum eine ähnlich starke Handlungsresistenz in ihrem Ansehen in den USA genoß, würde

ich auch auf amerikanischer Seite das existenziell-strukturelle der Beziehung schlechthin, anstatt konkrete Taten der Bundesrepublik, für amerikanische Unstimmigkeiten und Irritationen mit deutscher Politik verantwortlich machen. Was für die Bundesrepublik – ihrer Rolle des schwächeren Partners gemäß – Autonomie- und Identitätsprobleme waren, wurden spiegelbildlich für die USA – dem stärkeren der zwei – zu Kontrollproblemen. Man genoß die Macht und wollte sie im Grunde genommen nicht aufgeben, aber wenn ihre Ausübung sich gelegentlich als zu kompliziert und kostspielig erwies und nur mit einem nörgelnden Selbstverständnis anstatt mit demütiger Dankbarkeit von dem Partner belohnt wurde, mochte man am liebsten alles liegen lassen und es sich alleine zu Hause – in „splendid isolation“ und fern ab vom lästigen Partner – gutgehen lassen. Diese beidseitigen Impulse bestehen nicht nur weiter, sondern haben sich, aufgrund der gegenwärtigen sich verändernden Lage beider Staaten ihrer politischen Umwelt und sich selbst gegenüber, noch um etliches verschärft.

Und damit sind wir auch bei der bereits vorher angekündigten Diskussion um die qualitativ die Beziehung besonders belastende Zäsur der frühen 80er Jahre angelangt. Es handelt sich hier wie gesagt nicht so sehr um konkrete (Misse-)Taten des einen oder anderen Partners. Die wären ja durch entsprechende Korrekturmaßnahmen behebbar. Vielmehr geht es um eine strukturelle Veränderung der Beziehung, in der der europäische Binnenmarkt unter anderen politischen Verschiebungen einen logischen, vorläufigen Höhepunkt darstellen wird. Grob gesprochen wurde die Bundesrepublik im Laufe der Zeit immer stärker und selbstbewußter, während die USA spiegelbildlich, im Verhältnis zu früher, immer schwächer und unsicherer dastanden. Während sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für Großbritannien und Frankreich der status quo der Jaltaer Ordnung bis zum heutigen Tage mehr oder minder zufriedenstellend blieb, war dies für Deutsche nicht der Fall. Das heißt, die Bundesrepublik war *ab ovo* stets in einer Lage, die auf geopolitischen Wandel und strukturelle Veränderungen erpicht war, während ihre engsten Verbündeten das bereits Erreichte als befriedigend erlebten. In diesem Sinne muß man auch in der bereits erwähnten Wertegemeinschaft auf wichtige Unterschiede hinweisen. Natürlich teilen Bürger der Bundesrepublik u. a. Werte wie Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit mit ihren amerikanischen Freunden. Aber wenn diese Werte inzwischen in der Bundesrepublik als festverankerter Besitzstand von der Bevölkerung angesehen werden und – vielleicht noch wichtiger – als keineswegs vom Osten mehr bedroht, dann verliert die alte, diese Werte verteidigende Schutzmacht ihre Legitimität und Funktion und wandelt sich langsam von einer früher beliebten Schutz- zu einer immer irritierenderen Besatzungsmacht. Für die Vereinigten Staaten und die anderen Westmächte bedarf es eben eines Umlernprozesses, um die Bundesrepublik als einen ebenbürtigen Seniorpartner anstatt der gewohnten Rolle des Juniorpartners in der NATO zu akzeptieren. Es wäre hilfreich, einige Faktoren dieses Konfliktes auf beiden Seiten kurz zu erörtern:

Die amerikanische Seite

Ich würde den Prestigeverlust der Vereinigten Staaten in Westeuropa (im großen Gegensatz zu Osteuropa) und besonders in der Bundesrepublik auf folgende Faktoren zurückführen:

- Den *Vietnamkrieg*, der für die bundesrepublikanische Linke die USA nun endgültig als *die imperialistische Macht* des Weltkapitalismus schlechthin empirisch belegte und der für die Rechte ihre bereits seit geraumer Zeit gehegte Vermutung, daß die Vereinigten Staaten nur ein Papiertiger wären, der sogar von einem kleinen Land wie Vietnam besiegt wurde, bestätigte.
- Die *Fiaskos im Nahen Osten*, besonders im Iran mit Khomeinis Machtergreifung und der anschließend über ein Jahr sich dahinziehende Geiselafläre, und im Libanon mit dem Verlust von über 200 Marineinfanteristen und der noch immer vorhandenen Geiselpolitik.
- Die zwei *gigantischen Zwillingsdefizite* in der *Handelsbilanz* und im *Staatshaushalt*.
- Die eindeutige *ökonomische Herausforderung* und teilweise sogar Überflügung in wichtigen Produktionssparten und als Handelsnation, vor allem durch *Japan* einerseits und einem von der *Bundesrepublik Deutschland* angeführten Europa andererseits.
- Angeführt von Watergate und Irangate die Häufung von *politischen Skandalen*.
- Trotz enormen Reichtums und einer fast acht Jahre dauernden ungebrochenen Prosperität die Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit, massive *Armut* und *soziale Mißstände* wenn schon nicht voll zu beseitigen, so doch zumindest erheblich zu mindern.

Die ersten zwei Faktoren trugen zu einem Prestigeverlust der Vereinigten Staaten im Bereich der politischen Machtausübung bei. Die nächsten zwei minderten die Legitimität der USA als ökonomische Weltmacht. Schließlich verringerten die letzten zwei genannten Faktoren Amerikas Ruf als eine führende Demokratie in der Welt. Damit wurden im Laufe der 80er Jahre alle drei großen Nachkriegssäulen (politische Macht, wirtschaftliche Führung, demokratische Ordnung), mit der sich die hegemoniale Stellung der USA 40 Jahre lang in der westlichen Welt legitimierte, zumindest stark angesägt, wenn schon nicht völlig umgeworfen.

Die deutsche Seite

Ich würde hier folgende wichtige Faktoren anführen:

- *Zeit*: Die Greuel der von den Nationalsozialisten angerichteten Verbrechen waren so ungeheuerlich, daß es sich des Nachfolgers eines demokratischen Rechtsstaates jahrzehntelang einfach nicht ziemte, seine wirtschaftliche Macht in eine äquivalent politische umzumünzen. Obwohl nach meinem Erachten der ökonomische Riese noch immer des öfteren auf der weltpolitischen Bühne führungsscheu wirkt, ist er fast 45 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sicherlich kein Zwerg mehr.

- *Geopolitische Lage:* Als Anfang der 70er Jahre sowohl das von Richard Nixon geführte Amerika als auch die von Willy Brandt regierte Bundesrepublik in völliger Harmonie eine neue Entspannungspolitik mit der Sowjetunion und Osteuropa einleiteten, waren die Prämissen dieser überlappenden Strategien ganz anders. Die USA verfolgte Detente aus einer weltpolitischen Sicht, in der es im Grunde genommen um eine Verlagerung der Konflikte mit der Sowjetunion von Europa auf außereuropäische Gebiete ging. Diese Instrumentalisierung von Detente, die nebenbei zu Nixons und Kissingers Leidwesen nie wegen der bereits angeführten moralisierenden Dimension des amerikanischen Staates voll ausgeschöpft wurde, hatte nie die Strategie einer langfristigen Kooperation mit der Sowjetunion zur Grundlage. Ganz anders verhielt es sich mit der Brandt'schen Ostpolitik. Wegen der geopolitischen Lage der Bundesrepublik, die eben keine Weltmacht, sondern eine Mittelmacht in Europas geteilter Mitte darstellt, wurde die deutsche Version von Detente nicht zu einer abstrakten weltpolitischen Strategie (einer ausspielbaren „Karte“), sondern zu einer konkreten Realität und einer nachvollziehbaren Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen. Diese durch die geopolitisch bedingte Lage der Bundesrepublik positiv sich auswirkende Erfahrung führte dazu, daß in keinem anderen westlichen Land, auch selbstverständlich nicht in den Vereinigten Staaten, Entspannungspolitik mit der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas zu einem solch wichtigen Besitzstand der Außenpolitik wurde wie in der Bundesrepublik. Bester Beweis hierfür ist, daß es in diesem Bereich nicht einmal zu einem verbalen Versuch einer Wende 1982/83 kam. Die geopolitische Lage der Bundesrepublik ist inzwischen zu einem Garant eines breiten politischen Konsenses betrefflich der Fortführung einer Entspannungspolitik der Sowjetunion und Osteuropa gegenüber geworden.
- Die *Demokratisierung des politischen Diskurses* und der Öffentlichkeit seitens der *neuen sozialen Bewegungen:* Bereits im Vorfeld des parlamentarischen Einzuges der Grünen in den Bundestag im März 1983 begann eine Entmystifizierung und Entmythologisierung verschiedener Sparten des politischen Diskurses, insbesondere aber der der Sicherheits- und Bündnispolitik. Bis dahin fast gänzlich im Bereich technokratischer Fachkompetenz von dem demokratischen Willensbildungsprozeß abgekapselt, wurden im Laufe der ersten Hälfte der 80er Jahre sowohl Außen- als auch Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik enttabuisiert und eigentlich demokratisiert. Auch wenn alle Anstrengungen bar sofortiger Erfolge blieben, wurden Bündnisfragen nunmehr zu öffentlichen Angelegenheiten. Dies war nirgendwo so klar wie bei dem nächsten zu erwähnenden Faktor.
- Die *Nachrüstungsdebatte:* Hier haben wir ein schönes Beispiel des bereits erwähnten *Autonomieproblems*, das die Bundesrepublik als schwächere der beiden Partner mit den Vereinigten Staaten in Konflikt bringt. Eine der Hauptgründe des Projektes war die Angst der Bundesrepublik und anderer NATO-Länder, von den Vereinigten Staaten wieder einmal verlassen und somit der sowjetischen Übermacht ausgeliefert zu werden. Zum Teil durch die als vorher-

gehenden Faktor behandelte Demokratisierung wandte sich jedoch das Problem in sein Gegenteil: Auf einmal verspürte man die Amerikaner nicht als unzuverlässige Beschützer, sondern als unerwünschte Besetzer. Es bestehen keine Zweifel, daß wir es seit der heißen Phase der Nachrüstungsdebatte mit einem *neuen Amerikaverständnis und -bild in der öffentlichen Meinung* der Bundesrepublik zu tun haben. Es geht mir hier nicht so sehr um die konstant kritischen Attitüden und Ansichten (im Gegensatz zu konkreten Verhaltensweisen) deutscher Intellektueller und Eliten amerikanischer Kultur und Lebensgewohnheiten gegenüber (die waren immer weit mehr negativ als positiv). Vielmehr handelt es sich zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik um einen *massiven politischen Vertrauensverlust der USA* in einem breiten Spektrum der Bevölkerung. Obwohl es sicherlich falsch wäre, von einem pauschalen Antiamerikanismus zu sprechen, glaube ich schon, daß man diese Realität durch dauerndes Verneinen weder wegreden kann noch soll (auf dem beiliegenden Schaubild habe ich versucht, den Begriff „Antiamerikanismus“ nach vier Kriterien ein wenig differenzierter darzustellen). Zahlenvergleiche mit anderen westeuropäischen Ländern zur Einstellung ihrer Bevölkerung Amerika gegenüber sind nur begrenzt verwendbar, da in keinem anderen Land sowohl Coca Cola als auch SDI eng mit der Symbolik des einheimischen Identitätsbildungsprozesses einhergehen. Denn nirgendwo auf der Welt – nicht einmal in Japan oder sogar in Kanada – ist das besondere Verhältnis zu der Hegemonialmacht USA so eng und kompliziert mit der eigenen politisch-staatlich-nationalen Identität verbunden wie im Fall der Bundesrepublik Deutschland. Weder in England noch in Frankreich, weder in Kanada noch in Japan fahren die jeweiligen Staatsoberhäupter auf Maschinen der amerikanischen Luftwaffe in die ehemalige und zur Zeit durch eine Mauer geteilte Hauptstadt ihres Landes, wo sie bei jeder Ankunft durch Anwesenheit junger Protokollaroffiziere fremder Armeen auf die noch weiter bestehende Einschränkung ihrer Souveränität erinnert werden.

- Die *deutsche bzw. bundesrepublikanische Identitätsfrage*: Das Dilemma des Titels ist schon bezeichnend. Dies wäre nicht der Fall in Verbindung mit Frankreich, Italien, Großbritannien, einem anderen westeuropäischen Land oder auch den Vereinigten Staaten. Hier geht es wiederum um eine deutsche „Ausnahme“, in der das sich in den 80er Jahren wandelnde deutsch-amerikanische Verhältnis eine große Rolle einnimmt. Wie schon erwähnt, waren Antikommunismus und Überidentifikation mit den USA in den 50er und 60er Jahren ein wichtiger Kitt für die deutsch-amerikanische Freundschaft. Mit der positiven Einstellung zu Europa wurden diese Werte – also Antikommunismus, Identifikation mit den Vereinigten Staaten und Europabegeisterung – zu den Säulen eines Ersatznationalismus in der Bundesrepublik. Kein westeuropäisches Land war bis Ende der 70er Jahre sowohl auf Ebenen der breiten öffentlichen Meinung als auch denen der Ansichten politischer Eliten so proamerikanisch, antisowjetisch und pro(west)europäisch eingestellt wie die Bundesrepublik. Es gab einen breitangelegten Konsens von ziemlich weit links bis ziemlich weit rechts, der diese Troika nicht nur für eine zweckorientierte Realpolitik

Die Linke

Die USA, als *das* kapitalistischste Land der Welt, sind strukturell ständig in imperialistische Unterfangen verwickelt. Ihre offensive Aufrüstungs- und interventionistische Außenpolitik machen sie zu einer kriegerischen Macht, die hinter jedem Konflikt der Welt steckt und darin stets die reaktionäre Seite unterstützt. *Vis-à-vis* der Bundesrepublik werden die USA als eine Besatzungsmacht betrachtet, deren Intervention und Präsenz die Möglichkeit der Schaffung eines blockfreien und ungeteilten Deutschlands vereitelte. Während bis Anfang der 80er Jahre die Bundesrepublik als Juniorpartner der USA eingeschätzt wurde, ist im Laufe der Nachrückungskontroverse die Bundesrepublik immer mehr zu einem Opfer der USA geworden.

Politische Komponente

Die Rechte

Die USA sind zu sehr ein Neuling, ein politischer Emporkömmling, um eine fähige diplomatische und militärische Weltmacht zu sein. Ihre Massenorientierung und ihr antiquiertes politisches System erlauben weder die Schaffung von welterfahrenen Eliten noch die Durchsetzungskraft eines modernen Staates. Resultat: Die USA blieben, trotz ihrer Größe, eine naiv moralisierende, die Weltpolitik nicht verstehende Provinzmacht, die ihrer Naivität wegen für ihre Verbündeten gefährlich und unberechenbar ist.

Amerikanische Kultur ist Ausdruck einer brutalen, entfremdeten und profitorientierten Gesellschaft, die unauthentische Plastikprodukte schlicht für den Profitgewinn großer Firmen den Konsumenten per Reklame aufdrängt. Die „Kulturindustrie“ produziert wertloses Zeug, manipuliert Meinung, individualisiert und entpolitisiert die Bürger und zerstört kollektive Identitäten. Progressive Antinomie kann es in einer von Coca-Cola, McDonald's und Dallas dominierenden Kulturlandschaft nicht geben.

Kulturelle Komponente

Amerikanische Kultur ist des Namens nicht wert. Sie ist nur eine in die neue Welt verfrachtete, mißverständene und vulgarisierte europäische Kultur. Sie ist bestenfalls Kitsch eines neureichen Landes. Trotzdem ist diese Kultur, gerade wegen ihres seichten Massencharakters, auch für die alte Welt sehr gefährlich, da sie traditionelle Werte unterläuft und letztlich zerstört.

Für die Linke sind die USA wegen ihres vermeintlichen Demokratiedefizites politisch gefährlich und

Für die Rechte sind die USA wegen ihres vermeintlichen Demokratieüberschusses politisch gefährlich

akzeptierte, sondern sie auch als Werte eines modernen Rechtsstaates an sich schätzte. Seit Anfang der 80er Jahre ist dieser Konsens mehr oder minder sowohl auf Eliten- als auch auf Massenebene aufgekündigt. Wie bereits erwähnt, ist die proamerikanische Einstellung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren merklich gesunken, während zur gleichen Zeit und fast spiegelbildlich das Feindbild „Sowjetunion“, außer in rechten Ecken des politischen Systems, fast völlig verschwand. Diese fundamentale Verschiebung zeichnet auch für die neuesten Spannungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis bezüglich der Abrüstung von Kurzstreckenraketen verantwortlich. Die frühere Europabegeisterung, die die Bürger der Bundesrepublik zu den proeuropäischsten Einwohnern der EG machte, ist auch entschieden abgeflacht. Während wenige Leute Europa negativ gegenüberstehen, gibt es auch kaum Begeisterung für die Konkretisierung dieses Konzeptes. Die meisten Bürger der Bundesrepublik haben ein relativ unemotionales und instrumentales Verhältnis zu Europa und assoziieren mit ihm Bürokratie, Butterberge und neue Verordnungen, anstatt Visionen, einen gemeinsamen Kulturraum und politische Einheit. All dies heißt natürlich nicht, daß die Bundesrepublik einen neutralistischen Anti-NATO-Kurs in Kürze einschlagen wird und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten aufkündigt, um sich der Sowjetunion politisch noch mehr zu nähern. Es heißt auch nicht, daß die Bundesrepublik und ihre Bürger ihrer zentralen Rolle in der Errichtung des Binnenmarktes und weiterer Integrationsschübe auf europäischer Ebene nicht entschieden nachkommen werden. Vielmehr handelt es sich hier um eine neue Phase der Identitätsbildung in der Bundesrepublik, in der es auch unter anderem eine Akzentverschiebung von Republik zu Nation gibt. Es bleibt schließlich eine empirische Zukunftsfrage, wie dieser Begriff der Nation politisch besetzt wird.)*

Kommen wir nun zu den Zukunftsperspektiven im Blickpunkt des Europäischen Binnenmarktes. Auf amerikanischer Seite wäre es noch sehr verfrüht, von einer allgemeinen und allumfassenden amerikanischen Position zum Binnenmarkt zu sprechen, doch sind u. a. Konturen bemerkbar, die wiederum die Binsenweisheit von der üblichen Diskrepanz zwischen der Theorie einerseits und ihrer Umsetzung in die Praxis andererseits bestätigen. In vergangenen Jahren beklagten sich amerikanische Geschäftsleute und Politiker oft über die Heterogenität und Zersplitterung Europas. Diese Unübersichtlichkeit machte Europa für Amerikaner zwar sehr exotisch und interessant, gleichzeitig aber erschwerte es eine einheitliche Planung und die Formierung eines einheitlichen Überblickes und klaren Verständnisses. In politischen und ökonomischen Führungskreisen wünschte man sich stets *ein* Europa statt dieses Völker- und Meinungsgewirrs. Ein vereintes Europa (es wurde natürlich stets nur an Westeuropa gedacht) hätte die Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa nicht nur um vieles vereinfacht, sondern hätte auch eine noch entschiedeneren Gegenmacht zur Sowjetunion dargestellt. Schließlich soll an dieser Stelle auch eine gewisse Genugtuung erwähnt werden, die die Vereinigten Staaten früher mal meinten, einem vereinigten Europa

*) Wir möchten nochmals darauf verweisen, daß dieses Referat am 17. 05. 1989 gehalten wurde.

abzugewinnen. So ein den Vereinigten Staaten ähnliches Gebilde wäre doch der höchste Triumph einer erfolgreichen „Amerikanisierung“ des europäischen Kontinents. Jetzt aber, da dieser seit langem geäußerte Wunsch sich zu erfüllen droht, werden immer skeptischere Töne aus verschiedenen Lagern laut. Obwohl diese Töne noch bei weitem nicht den Grad der Feindseligkeit, der sich Japan gegenüber inzwischen zum Alltäglichen entwickelt hat, erreichten, kann man meines Erachtens, parallel zum Begriff „Japan bashing“, auch schon von einem „Europa bashing“ sprechen. Dieses „Europa bashing“, bar jeder rassistischer Ressentiments, die natürlich dem „Japan bashing“ eine noch zusätzliche Häßlichkeit verleihen, kann man mehr oder minder unter der Rubrik der Angst bzw. Skepsis einer „Festung Europa“ gegenüber zusammenfassen. Der Bundesrepublik wird hierin wiederum eine große Rolle zugewiesen.

Im ökonomischen Bereich manifestiert sich diese Skepsis ungefähr folgendermaßen: Zum ersten Mal wird es mit den 320 Millionen Westeuropäern einen größeren integrierten Binnenmarkt auf der Welt als den amerikanischen geben. Die inhärente Tendenz jedes neuen ökonomischen Gebildes zu einer, zumindest auf seine Aufbauphase begrenzte, auf Autonomie bedachte Abkapselung befürchten Amerikaner im Fall Europa '92. Konkret existiert die Vermutung, daß die Protektionisten in Europa die Überhand gewinnen werden und den Handel mit den Vereinigten Staaten, besonders auf den amerikanischen Export bezogen, zumindest erheblich erschweren, wenn nicht unterbinden werden. Diese neomerkantilistische Vision, in der der Block „Europa“ immer autonomer von den Blöcken „Nordamerika“ und „Südostasien“ operieren wird, sieht mit der Errichtung einer von der deutschen Bundesbank kontrollierten europäischen Zentralbank à la Federal Reserve das Emporkommen eines *DM-Blockes*, der sich zu einem *erfolgreichen Nachfolger der Dollardominanz in der Weltwirtschaft* – zumindest aber auf europäischem Boden – herauskristallisieren könnte. Es besteht also die doppelte Angst, erstens, aus der „Festung Europa“ ausgeschlossen zu werden, und zweitens, mit einem viel mächtigeren Konkurrenten auf dem sich zunehmend verschärfenden Weltmarkt – inklusive auf heimischem Boden, also in den Vereinigten Staaten selbst, – sich messen zu müssen. Diese Skepsis vor der „Festung Europa“ wird natürlich nicht von jedermann in den Vereinigten Staaten geteilt. Die konkurrenzfähigen, auf den Weltmarkt orientierten Sparten des amerikanischen Kapitals, sehen große Möglichkeiten für ihr Gedeihen in einem europäischen Binnenmarkt. Aus dieser Ecke kommt viel wohlwollende Hoffnung der Bundesrepublik entgegen, die zusammen mit Großbritannien als wichtigste Vertreterin eines freien Handels als ein willkommener Gegenpol zu den protektionistischen Akteuren wie Frankreich und Italien betrachtet wird.

Kommen wir nun zu der meines Erachtens viel wichtigeren politischen Dimension der amerikanischen Skepsis Europa '92 gegenüber: Hier handelt es sich, ungleich dem Wirtschaftsbereich, weniger um Konkurrenz-, sondern um Kontrollprobleme. Die Vereinigten Staaten haben, wiederum im Gegensatz zum Wirtschaftsbereich, von einem vereinten Europa weder militärisch-strategisch noch politisch Angst. Obwohl sie sich nicht bedroht fühlen, ist es jedermann in den

USA klar, daß der Binnenmarkt auch eine politisch-psychologische Dimension, sicherlich was Europas Selbstbewußtsein gerade den Vereinigten Staaten gegenüber betrifft, beinhaltet. Europa '92 wird von vielen in den USA politisch als ein entscheidender Schritt in dem bereits seit langem andauernden Prozeß eines endgültigen Durchschneidens der Nabelschnur von Jalta betrachtet. Während in der Ökonomie der Bundesrepublik Deutschland qua ihrer antiprotektionistischen Tradition eine positive Rolle in der Errichtung des Binnenmarktes zugestanden wird, verhält es sich gegenteilig im Bereich der Politik. Hier häufen sich die Ängste eines erneuten Rapallo, einer Wiedergeburt des deutschen Sonderweges, einer von „Genscherismus“ angetriebenen Ostpolitik, die unentwegt einen neutralistischen Kurs anstrebend sich von dem Westen – und besonders den Vereinigten Staaten – abkehrt. Im großen und ganzen kann man abschließend mit einiger Gewißheit sagen, daß von amerikanischer Seite aus der europäische Binnenmarkt die bereits stark angespannten Beziehungen zu der Bundesrepublik noch um einiges komplizieren wird.

Und wie verhält es sich auf deutscher Seite? Wie bereits erwähnt, versuchen renommierte Politiker des liberalen und konservativen Lagers der Bundesrepublik, die Amerikaner von der deutschen Absicht, eine „Festung Europa“ mit allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen, zu überzeugen. Da ansonsten die durch den Binnenmarkt zu erwartenden Änderungen die unmittelbare Lage der Bundesrepublik und nicht die der Vereinigten Staaten betreffen, gibt es eigentlich kaum Wandel in der Perzeption der USA aus deutscher Sicht im Zusammenhang mit Europa '92. Sicher aber ist jedoch eine größere ökonomische und bedeutendere politische Rolle der Bundesrepublik in einem durch den Binnenmarkt vereinten Westeuropa, was wiederum eindeutige, mit großer Wahrscheinlichkeit negativ tendierende Konsequenzen für die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen beinhalten wird.

Und nun zu einer kurzen Skizze der deutschen Rolle in Europa '92 und einer Einschätzung der gegenwärtigen Haltung einiger wichtiger bundesrepublikanischer Akteure zu diesem bedeutenden Ereignis. Ob es die Bundesrepublik, und besonders ihre Linke, nun mal will oder nicht – es kann keinen Zweifel an der Führungsrolle Westdeutschlands in dem europäischen Binnenmarkt geben. Ihre geopolitische Lage an der sich immer poröser erweisenden Grenze zu einem von Perestroika und Glasnost veränderten Osteuropa und ihre unumstrittene ökonomische Vorrangstellung machen die Bundesrepublik zu *der* dominanten Macht in einem Europa '92. Daß diese Tatsache hauptsächlich außerhalb der Bundesrepublik, jedoch kaum innerhalb ihrer Grenzen gehörig diskutiert wird, scheint meines Erachtens ein zusätzlicher Beweis zu sein für das kontinuierliche Mißtrauen den Deutschen gegenüber im übrigen Westeuropa und für die gleichzeitige deutsche Weigerung (sich dieses Mißtrauens bewußt), mit politischer Macht selbstbewußt umzugehen. Während die Errichtung des europäischen Binnenmarktes die Jaltaer Nabelschnur zu den Vereinigten Staaten zumindest erheblich lockern wird, ist das Vermächtnis des Zweiten Weltkrieges auf innereuropäischer Ebene noch weit davon entfernt, verarbeitet zu sein. Dies erschwert die unbestrittene Führungsposition der Bundesrepublik im Europa '92.

Dazu kommt eine neue Unübersichtlichkeit, was den Begriff „Europa“ betrifft. Was heißt denn überhaupt „Europa“ in diesem einerseits von Glasnost und Perestroika und andererseits von dem langsamen Zurückweichen der amerikanischen Hegemonie beeinflussten Zeitalter? Es scheint nicht mehr nur Westeuropa zu sein, aber gehören auch Ost- und Mitteleuropa dazu? Wenn ja, welche Teile und zu welchem Ausmaß? Der Begriff „Europa“ variiert nicht nur von Land zu Land innerhalb Europas, sondern auch nach politischer Einstellung der Subjekte. Grob gesprochen und überspitzt ausgedrückt meint „Europa“ in der Bundesrepublik für die Liberalen und die Mitte-Rechts-Konservativen das von dem Binnenmarkt '92 abgedeckte Gebiet. Für Sozialdemokraten und Mitte-Links-Anhänger scheint der Begriff, zumindest seit Gorbatschow, eine Öffnung ostwärts unternommen zu haben, wobei die östliche Abgrenzung unklar bleibt. Für die Rechtsradikalen ist „Europa“ nur ein erneuter Vorwand für den Wiederversuch des bereits anno 1941 erprobten „Drang nach Osten“, und für das Sammelsurium der Linken außerhalb der SPD stellt „Europa“ ein ökologisches Nirwana bar jeder Machtprobleme und Blockbindungen dar.

Den engeren europäischen Binnenmarkt betreffend sind zwar die Konturen für jedermann klarer erkenntlich, was aber bisher keineswegs zu einer Minderung der inhaltlichen Kontroversen führte. In der Bundesrepublik kann man grob gesprochen drei normative Einstellungen zu Europa '92 feststellen: Eine enthusiastisch positive, meist von Unternehmern, Bankiers und Anhängern des konservativ-liberalen Spektrums vertreten; eine vorsichtige, kritische und gemäßigt positive, die man bei Sozialdemokraten und Gewerkschaftern antrifft; und eine kategorisch ablehnende bei Grünen und Rechtsradikalen, wohlgernekt aus teilweise diametral sich opponierenden Gründen. Es wäre müßig, diesem Publikum die einzelnen Argumente für diese drei Einschätzungen des europäischen Binnenmarktes aufzuzählen. Statt dessen möchte ich mit einem viel anmaßenderen Vorschlag mein Referat zu Ende bringen. Es sei mir erlaubt, als außenstehendem Sympathisanten der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der ihr nahestehenden Sozialdemokratie ein paar strategische Tips für ein solidarisches Verhalten in Vorbereitung des Binnenmarktes anzuführen:

1. Seien Sie sich der Bürde deutscher Geschichte und ihrer Kontinuität in Europa bewußt. Dies ist besonders wichtig, da Sie in einem Dilemma stecken, das jetzt schon von konservativer Seite zynisch ausgenutzt wird. Einerseits wäre es, grob gesprochen, ein großer Vorteil und Fortschritt für den Rest der europäischen Arbeiterbewegungen, wenn sie bundesdeutsches Niveau in ihrem jeweiligen Milieu (also Tarif-, Sozial-, Wirtschaftsleistung) erreichten. In diesem Fall könnte die europäische Arbeiterschaft, sehr zu ihrem Vorteil, „am deutschen Wesen genesen“. Daß europäische Arbeiter dies weder können noch vor allem wollen, hat sehr viel mit der Politik und Geschichte derer zu tun, die jetzt in der Bundesrepublik plötzlich die großen Internationalisten spielen und den deutschen Gewerkschaften, zwecks ihrer Schwächung, nationalistische Züge vorwerfen.
2. Versuchen Sie mit allen Mitteln, jede Art von nationalem Chauvinismus und Arroganz, die es auch in den eigenen Reihen geben wird, zu bekämpfen. Dies ist

um so wichtiger, da Sie gerade wegen Ihrer großen Erfolge, der privilegierten Position innerhalb der europäischen Arbeiterschaft und letztlich auch wegen der Führungsrolle der Bundesrepublik in Europa objektiv zum weitaus wichtigsten Vertreter aller progressiven Kräfte, besonders aber der Arbeitnehmer, auf gesamt-europäischer Ebene berufen sind. Es bleibt Ihnen überlassen, diesmal die „Teutonisierung“ Europas auf den Ebenen der Tarifpolitik, der Mitbestimmung, der Füllung des „sozialen Raumes“ mit einem progressiven und positiven Ergebnis zu verbinden.

3. Drängen Sie auf eine baldige Schaffung einer europaweiten Tarifpolitik. Diese soll keineswegs die lokal-nationale beseitigen, sondern sie ergänzen. Nur über eine supranationale Tarifpolitik können die Gewerkschaften gegenüber der bereits weit fortgeschrittenen internationalen Verflechtung und der gesamt-europäischen Strategie des Kapitals ein zumindest respektables, wenn schon nicht ebenbürtiges Gegengewicht entwickeln.
4. Verfolgen Sie eine europaweite Strategie eines massiven Nachfrageanreizes. Solch eine nachfrageorientierte keynesianische Politik wird die schwachen Peripherien und die Position ihrer Arbeitnehmer stärken und ihre Kaufkraft den dominanten Zentren zumindest näherbringen, wenn schon nicht voll angleichen. Diese Strategie bedarf dreier Hauptkomponenten:
 - a) Spielen Sie „Lokomotive“ hier in der Bundesrepublik, indem Sie die Nachfrage ankurbeln. Schwächen Sie die seit Jahren von der deutschen Bundesbank gefahrene Austeritäts- und Hochzinspolitik, indem Sie mit Nachdruck für die Schaffung einer europäischen Zentralbank eintreten.
 - b) Damit fördern Sie den Export von Produkten der Peripherien in der Bundesrepublik und begünstigen ferner die wirtschaftliche Lage der Peripherien, nicht zuletzt, indem Sie dort Arbeitsplätze schaffen.
 - c) Versuchen Sie, durch eine solidarische Lohn- und Tarifpolitik die Löhne, Gehälter und andere tarifpolitische Komponenten dieser Länder massiv anzuheben, um sie dann in einer Aera einer existierenden europaweiten Tarifpolitik ganz den Verhältnissen hierzulande anzugleichen. Es muß allen klar werden, daß es im eigenen Interesse der bundesdeutschen Arbeitnehmer liegt, ihre Kolleginnen und Kollegen in den Peripherien – in ihrem Bestreben, ein besseres Milieu für sich und ihre Familien zu erreichen – voll zu unterstützen. In diesem Sinne und zu diesem Zweck kann man internationale gewerkschaftliche Solidarität ruhig instrumentalisieren.
5. Gehen Sie keine Kompromisse ein, die auch nur einen Bruchteil Ihres Besitzstandes beanspruchen könnten. Gleichzeitig aber fördern Sie bitte die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Peripherien, die unter Umständen auch in der Bundesrepublik beheimatet sein könnten. Hier kommt der Äußerung Franz Steinkühlers, daß nicht alle neuen Arbeitsplätze in der Bundesrepublik ihren Standort haben müssen, eine sehr große solidarische Bedeutung zu. Großzügigkeit, obwohl sicherlich auch Luxus, beruht letztlich auf Eigeninteresse. Es muß den deutschen Gewerkschaften klar werden, daß sie – als Führungsmacht der

europäischen Arbeitnehmer – einer besonderen Verantwortung unterliegen, die – falls erfolgreich erfüllt – allen progressiven Kräften Europas zugute kommen wird. Ausgehend von den Resultaten der letzten 40 Jahre innerhalb der Bundesrepublik darf ich zumindest mit einem vorsichtigen Optimismus in die sicherlich abwechslungsreiche Zukunft Europas blicken. Ich danke Ihnen vielmals für Ihr geduldiges Zuhören.

Verzeichnis der Lehrveranstaltungen
des 55. Lehrgangs 1989/90 der Akademie der Arbeit

1. Trimester

8. Mai – 9. August 1989

	<i>Dozent</i>	<i>Stunden</i>
Einführung in den Lehrgang	Leiter	6
Anleitung zum wissenschaftlichen Arbeiten/ Technik und Methoden wissenschaftlicher Arbeit	Leiter und Assistenten	10
Die Herausbildung des modernen Rechts- und Staatssystems (Staatstheorie)	Kempfen	16
Historische Grundlagen der heutigen Verfassungsordnung	Kempfen	22
Das politische und verfassungsrechtliche System der Bundesrepublik (Verfassungsrecht I) - Strukturen politischer Entscheidungsbildung (insbesondere Gesetzgebungsverfahren)	Kempfen	28
Rechts- und politikwissenschaftliches Seminar (freiwillig) (dienstags 16.00 – 18.00 Uhr – zugleich für Studenten des Fachbereichs Gesellschafts- wissenschaften der Universität): Verfassungspolitik und Verfassungskrise	Kempfen	20
Historische Entwicklung und Grundlagen der Volkswirtschaftslehre	Meyer	30
Einführung in die Politische Ökonomie (Zur Kritik der Politischen Ökonomie – Das Kapital)	Meyer/Münkler/ Schumm	36
Betriebswirtschaftslehre I	Meyer/Bierbaum	18
Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (unter besonderer Berücksichti- gung der Geschichte der Sozialpolitik)	Döring	12
Einführung in die Sozialpolitik	Döring	12
Einführung in die Arbeitsmarktpolitik	Döring u. a.	12
Einführung in die Finanzwissenschaft/ Finanzpolitik	Döring	12
Hauptprobleme und Politik der sozialen Siche- rung I (Alterssicherung; Gesundheitssicherung)	Döring	20
Einführung in die Philosophie	Münkler	20
Soziologie der Arbeit I	Schumm u. a.	20
Einführung in die Geschichte der Arbeiter- bewegung/Ausgewählte Probleme zur Geschichte der Gewerkschaften	Klönne/Fritzsche/ Meyer	32
Seminarreihe: Ursprung, Herrschaft und Fortwirken des Nationalsozialismus	Döring/Kempfen/Meyer u. a.	22
Fragen der Kulturarbeit (freiwillig)	Hoffmann/Bartzeko	6

2. Trimester

4. September - 20. Dezember 1989

	<i>Dozent</i>	<i>Stunden</i>
Einführung in die Methoden der Rechtswissenschaft und in das Bürgerliche Recht	Kempen	10
Arbeitsvertragsrecht (von der Einstellung bis zur betrieblichen Altersversicherung)	Kempen	58
Einführung in das Arbeitsrecht	Weiss	16
Parallelveranstaltung: Betriebsverfassungsrecht	Launhard/Kempen	32
Personalvertretungsrecht	Schwarz/Kempen	28
Strukturen politischer Willensbildung (insbesondere politische Grundrechte) (Verfassungsrecht II)	Kempen	12
Rechtswissenschaftliches Kolloquium	Kempen	12
Rechts- und politikwissenschaftliches Seminar (freiwillig) (dienstags 16.00 - 18.00 Uhr - zugleich für Studenten des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität): Verfassungspolitik und Verfassungskrise	Kempen	18
Wirtschaftspolitik I	Meyer	64
Betriebswirtschaftslehre II	Meyer/Bierbaum	16
Arbeitskraft in der Betriebs- und Arbeitsorganisation	Schudlich	20
Politische Ökonomie des Sozialismus	Meyer/N. N.	16
Wirtschaftspolitisches Kolloquium	Meyer	12
Hauptprobleme und Politik der sozialen Sicherung II (Sicherung bei Arbeitslosigkeit; Unfallschutz und Unfallversicherung; Sozialhilfe)	Döring	36
Möglichkeiten einer präventiven Sozialpolitik	Standfest	6
Probleme der Steuer- und Finanzpolitik (Finanzpolitik und Sozialpolitik)	Döring	24
Sozialpolitisches Kolloquium	Döring	12
Philosophie unter besonderer Berücksichtigung der politischen Ideen	Münkler	14
Soziologie der Arbeit II (unter besonderer Berücksichtigung des Themas Frau und Gesellschaft)	N. N.	16
Christliche Gesellschaftslehren	Hengsbach/Sohn	10
Gewerkschaften - Theorie und Praxis (unter besonderer Berücksichtigung der Programmentwicklung des DGB)	Leminsky/Zoll u. a.	40
Studienreise - 1 Woche		28
Fragen der Kulturarbeit (freiwillig)	Hoffmann/Bartetzko	6
Arbeitsgemeinschaft über Presse, Funk und Fernsehen mit Besichtigungen und praktischen Übungen (freiwillig)	Scheunemann	8

3. Trimester

3. Januar – 16. März 1990

	<i>Dozent</i>	<i>Stunden</i>
Arbeitsvertragsrecht (Fortsetzung) (unter besonderer Berücksichtigung der Arbeits- und Wirtschaftsverfassung)	Kempen	26
Arbeitskampfrecht	Kempen	18
Tarifvertragsrecht	Weyand	18
Datenschutz im Arbeitsrecht	Wohlgemuth	8
Ausgewählte Probleme aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung und der Rechts-(Tarif-)politik	Däubler	8
Rechtswissenschaftliches Kolloquium	Kempen	8
Rechts- und politikwissenschaftliches Seminar (freiwillig) (dienstags 16.00 – 18.00 Uhr – zugleich für Studenten des Fachbereichs Gesellschafts- wissenschaften der Universität):		
Verfassungsrecht und Verfassungskrise	Kempen	12
Wirtschaftspolitik II	Meyer	44
Neue Technologien und sozial-ökonomische Auswirkungen	Meyer u. a.	16
Betriebswirtschaftslehre III	Meyer/Bierbaum	16
Wirtschaftswissenschaftliches Kolloquium	Meyer	8
Organisation und Probleme der sozialen Selbstverwaltung	Döring u. a.	10
Ausgewählte Fragen der Sozialpolitik: Gesamtwirkung des sozialpolitischen Instrumentariums; Internationale Sozialpolitik, Gewerkschaften und staatliche Sozialpolitik	Döring	22
Sozialpolitik und Armutsentwicklung	Hauser	8
Sozialpolitisches Kolloquium	Döring	8
Praxis und Probleme der Mitbestimmung (mit Arbeitsgruppen und Betriebsbesichtigungen)	Döring/Leminsky u. a.	30
Organisation und Programmatik der Arbeitgeber und Unternehmerverbände	Hochgreve u. a.	8
Gewerkschaftliche Bildungs- und Jugendarbeit	Brusis u. a.	6
Politik und Zeitgeschichte in der Diskussion	N. N.	16
Friedensforschung und Friedenspolitik	Jahn	10
Studienfahrt – Kohle/Stahl		10
Fragen der Kulturarbeit (freiwillig)	Hoffmann/Bartetzko	6
Arbeitsgemeinschaft über Presse, Funk und Fernsehen mit Besichtigungen und praktischen Übungen (freiwillig)	Scheunemann	8

Die Organe der Akademie der Arbeit

Kuratorium

Vorsitzende: Ilse Brusis, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes

Stellvertretender Vorsitzender: Der Hessische Sozialminister
Karl Heinrich Trageser

Weitere Mitglieder:

Der Hessische Minister der Finanzen Manfred Kanther

Der Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Wolfgang Gerhardt

Der Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main
Prof. Dr. Klaus Ring

Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main Dr. Volker Hauff

Vier Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes:
Wilfried Adams (BSE), Karl-Heinz Jungmann (DGB Hessen), Hans Preiss (IGM),
Wolfgang Warburg (ÖTV)

Die Vertreter der Dozenten der Akademie der Arbeit:
Dr. Diether Döring, Dr. Erich Meyn

Drei Vertreter der Teilnehmer des 55. Lehrgangs:
Sylvia Georgi (IGBE), Harald Lange (IGM), Sigrid Maschke (NGG)

Der Leiter der Akademie für den 55. Lehrgang: Dr. Jan Meyer

Lehrkräfte

Hauptamtliche Dozenten

Dr. Diether Döring, Sozialpolitik
Dr. Otto Ernst Kempfen, Rechtswissenschaft
Dr. Jan Meyer, Wirtschaftswissenschaft

Lehrbeauftragte

Dr. Dieter Bartetzko, Frankfurt am Main
Dr. Heinz Bierbaum, IG Metall-Vorstandsverwaltung, Abt. Wirtschaft,
Frankfurt am Main
Ilse Brusis, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des
Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Universität Bremen
Prof. Dr. Klaus Fritzsche, Justus-Liebig-Universität, Gießen
Prof. Dr. Richard Hauser, Johann Wolfgang Goethe-Universität,
Frankfurt am Main
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Philosophisch-Theologische Hochschule
St. Georgen, Frankfurt am Main
Horst Hochgreve, Leiter der Abteilung Wirtschaft des Landesbezirks Hessen
des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Egbert Jahn, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main;
Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Arno Klönne, Universität Paderborn
Frank Launhard, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht,
Frankfurt, am Main
Dr. Gerhard Leminsky, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
Dr. Thomas Meyer, Direktor der Gustav-Heinemann-Akademie, Freudenberg
Dr. Herfried Münkler, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
Jürgen Preuß, Studiendirektor an der Helmholtzschule, Frankfurt am Main
Klaus Scheunemann, Hessischer Rundfunk, Frankfurt am Main
Dr. Edwin Schudlich, Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Wilhelm Schumm, Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main
Lutz Schwarz, Richter am Arbeitsgericht Frankfurt am Main
Dr. Walter Sohn, Amt für Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche
in Hessen und Nassau, Frankfurt am Main
Dr. Erich Standfest, Abt. Sozialpolitik beim Bundesvorstand des
Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
Prof. Dr. Manfred Weiss, Johann Wolfgang Goethe-Universität,
Frankfurt am Main
Dr. Joachim Weyand, Johann Wolfgang Goethe-Universität,
Frankfurt am Main
Dr. Hans-Hermann Wohlgemuth, Justitiariat des Bundesvorstandes des
Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
Prof. Dr. Rainer Zoll, Universität Bremen

Pädagogischer Hörerberater: Kurt Brütting
Wissenschaftlicher Mitarbeiter: Ali Weis
Assistent/in: Nafiz Özbek, Beate Wriggelsworth

Neben der Anleitung durch die Dozenten werden die Lehrgangsteilnehmer in ihrer Arbeit vom pädagogischen Hörerberater, von dem wissenschaftlichen Mitarbeiter und der/dem Assistentin/Assistenten unterstützt. Zu einigen im Lehrplan ausgedruckten Veranstaltungen finden ergänzende freiwillige Arbeitsgemeinschaften statt.

In Verbindung mit den Lehrveranstaltungen werden Besichtigungen und Studienreisen durchgeführt. Diese werden durch bestimmte Vorlesungen oder Einzelvorträge vorbereitet. Hinzu kommen Besuche von kulturellen Veranstaltungen.

Als Ausgleich zur Studientätigkeit ist Sport vorgesehen.

Teilnehmer des 55. Lehrgangs der Akademie der Arbeit

Zu- u. Vorname	Geburtsjahr	Beruf	Wohnort	Gewerkschaft
Abold, Monika	1959	Sekretärin	Kaiserslautern	HBV
Altwater, Gerhard	1955	Feuerwehrmann	Frankfurt	ÖTV (Stadt Ffm)
Arnold, Peter	1962	Transformatoren- mechaniker	Frankfurt	ÖTV (Stadt Ffm)
Boxheimer, Wenzel	1953	freigest. Betriebsratsvors.	Ketsch	IGM
Brunzlow, Edith	1949	Verkäuferin	Wilhelmshaven	HBV
Dattaro, Michele	1959	freigest. Betriebsratsmitgl.	Essen	IGM
Detjen, Michael	1958	Postbeamter	Mühlthal	DPG
Doser, Barbara	1946	freigest. Betriebsratsvors.	Halsenbach	IGM
Druckenmüller, Friedrich	1947	kfm./techn. Angestellter	Kirchberg	GHK
Georgi, Sylvia	1960	kfm. Angestellte	Recklinghausen	IGBE
Hammer, Harald	1963	Schlosser	Weiden	GdED
Heil, Wolfgang	1958	Angestellter	Dreieich	HBV
Heinze, Frank	1960	Elektrofacharbeiter	Dinslaken	IGBE
Hessler, Frank	1961	Meß- und Regelmechan.	Insheim	IGCPK
Hippel, Andrea	1962	Arbeiterin	Jerishoe-Ost	GGLF
Hoffmann, Brunhilde	1945	Büroangestellte	Bad Homburg	IGBSE
Jansa, Armin	1965	Nachwuchssekretär	Donaueschingen	GGLF
Kailing, Gabriele	1964	Verwaltungsangestellte	Wächtersbach	IGBSE
Knapp, Petra	1964	Straßenbahnfahrerin	Frankfurt	ÖTV (Stadt Ffm)
Köhler, Rita	1961	Arbeiterin	Waghausel	IGM
Komianos, Stelio	1968	Betriebsschlosser	Trostberg	IGCPK
Lange, Harald	1964	Schlosser	Bielefeld	IGM
Langguth, Brigitte	1958	Detail-Konstrukteurin	Krefeld	IGM
Leveringhaus, Jörg W.	1960	Brauer u. Mälzer	Fuldabrück	NGG
Maschke, Sigrid	1958	kfm. Angestellte	Braunschweig	NGG
Mendroch, Erich	1958	Krankenpfleger	Frankfurt	ÖTV
Paulus, Andreas	1963	Montagearbeiter	Karlsruhe	IGM
Rauh, Leonhard	1954	Tiefdrucker	Nürnberg	IG Mediel
Rauschhuber, Stephan	1965	Schlosser	Tacherting	IGM
Reck, Engelbert	1953	Diözesansekretär	Freiburg	ÖTV
Rohrbach, Marion	1960	Verwaltungsangestellte	Göttingen	IGM
Schmidt, Peter	1948	Textildrucker	Bad Zwischenahn	GTB
Scholz, Uwe	1955	Arbeiter	Willingen	IGCPK
Schramm, Monika	1959	Substitutin	Frankfurt	HBV
Sciarba, Michele	1968	DGB-Praktikant	Oldenburg	IGM
Stark, Waltraud	1949	stellv. Betriebsratsvors.	Rothenburg	IGM
Steibli, Frank	1966	Großhandelskaufmann	Schwieberdingen	ÖTV
Täuber, Volker	1963	Tierpfleger	Frankfurt	ÖTV (Stadt Ffm)
Tepaß, Claudia	1965	Chemielaborantin	Monheim	IGCPK
Timmer, Holger	1963	Betriebsschlosser	Neuwied	IGM
Trescher, Jolande	1950	Bedienung	Bahlingen	NGG
Villani, Nicoletta	1948	Journalistin	Trani/Italien	CGIL
Vollmer, Kurt	1958	techn. Einkäufer	Offenbach	ÖTV
Weber-Spies, Martina	1958	Arbeiterin i. Postzustell.	Völklingen	DPG
Yang, Zhiwen	1956	Gewerkschaftsreferentin	Beijing/China	ACGB

Die Berufsangabe bezieht sich auf die zuletzt ausgeübte Tätigkeit.